

greifenden Sammlungs- und Ordnungstendenzen der heutigen Wirthschaft und dank ihrer wachsenden Anpassungsfähigkeit und Beweglichkeit ihren blind wüthenden, verheerenden, epidemischen Charakter. Die Möglichkeit eines allgemeinen wirthschaftlichen Zusammenbruchs, einer allgewaltigen Katastrophe weicht daher mehr und mehr von uns zurück. Einzelne vorübergehende Krisen können und werden eintreten. Die düsteren niederschlagenden Vorstellungen, die in unserem Kopfe die Marx'sche Entwicklungslehre entstehen liess, verflüchtigen sich mit dieser Lehre selbst. Nicht durch eine Zunahme unserer Ohnmacht, unserer Noth und unseres Elends steigen wir zum Sozialismus aufwärts, sondern durch eine schrittweise Verbesserung und Hebung unserer Lage und durch eine Erweiterung und Ausdehnung unserer Machtverhältnisse.

Die Sozialdemokratie in Brandenburg.

Von

August Schröer.

(Spandau.)

In der Parteipresse, dem Vorwärts wie den Provinzblättern, will sich der Jubel über den Ausfall der Reichstagswahlen noch immer nicht legen. Der glänzende Sieg der Sozialdemokratie wird in allen Tonarten gefeiert. Selbst wo die Sache nicht ganz einwandfrei erscheint, wie es besonders in Berlin der Fall ist, werden die gewagtesten Berechnungen aufgestellt, um „haarscharf“ den Beweis zu führen, dass die Wahl für die Sozialdemokratie wirklich über Erwarten grossartig ausgefallen ist. Thatsache aber ist, dass sich nach den Wahlen in den Reihen der Parteigenossen eine allgemeine Enttäuschung bemerkbar machte, eine Stimmung einschlich, die ganz und gar nicht mit dem offiziellen Siegesjubel übereinstimmen wollte. So dürfte es jetzt, nachdem die Wogen der Wahlbewegung sich allmählich geglättet, Zeit zu einem Rückblick sein und festzustellen, was wirklich war und was — sein sollte.

Eins müssen wir dabei vorausbemerken. Unsere Auffassung von den Aufgaben der Agitation muss eine andere sein als die der bürgerlichen Parteien. Wir dürfen nicht wie diese die Agitation auf Jahre hinaus ruhen lassen, um sie erst kurz vor der Wahl wieder aufzunehmen. Uns darf es nicht nur um die Stimmen am Wahltage zu thun sein. Die Reichstagswahlen sind für uns die Begrenzung einzelner Etappen der Agitation, die Gelegenheit, das bisher Errungene zu überschauen, die Kräfte zu messen. Wir kämpfen für eine neue Gesellschaftsordnung, wir wollen die Köpfe und Herzen revolutioniren, die endliche Beseitigung der Klassenherrschaft vorbereiten. Das Lebenselement unserer Partei ist Bewegung, ununterbrochener Kampf.

Wenn wir daher die Bedeutung der Reichstagswahlen recht erkennen wollen, müssen wir auch den Stand der Agitation während der fünf Jahre von 1893 bis 1898 kurz berühren. Vielleicht, dass wir die da gewonnenen Erfahrungen für die Zukunft verwerthen können.

Fast durchgängig setzte die Agitation in den Brandenburger Kreisen nach dem Parteitag von 1893 mit erfreulichem Eifer ein. Sie liess jedoch in den Jahren 1894 und besonders 1895, gleichzeitig mit der Durchführung einer Neu-

organisation in den Kreisen, allmählich nach. Im folgenden Jahre (1896), in dem bei dreijährigen Legislaturperioden die Agitation wegen der Neuwahl zur vollsten Entfaltung hätte gelangen müssen, flaute sie noch mehr ab. Erst nach dem Hamburger Parteitag 1897 setzte sie wieder ein, um nach und nach lebendiger zu werden. Die Schädigung, die unserer Partei aus der Verlängerung der Legislaturperioden erwachsen ist, durch Lahmlegung der Agitation, geht aus diesen Thatsachen deutlich hervor. Doch haben dabei allgemeinere Gründe mitgespielt. Davon später.

Für das Parteileben haben sich im Laufe der fünf Jahre feste Formen herausgebildet. Es gilt zu untersuchen, wie weit sich dieselben bewährt haben.

Zunächst unsere Organisation. Die Grundform derselben, wie sie nach den Wahlen von 1893 eingeführt wurde, ist in allen Brandenburger Kreisen wie überhaupt, mit wenigen Ausnahmen, in ganz Norddeutschland die folgende: In Partei-Versammlungen gewählte Vertrauensleute in den einzelnen Orten bilden den Grundstock. Kreis-Konferenzen, deren Theilnehmer gleichfalls in Partei-Versammlungen gewählt werden, treten mindestens jährlich einmal zusammen und wählen den Kreis-Vertrauensmann, die Delegirten zum Parteitag und für die Provinz Brandenburg aus ihrer Mitte die Deputirten zur Provinzial-Konferenz, die jährlich einmal kurz vor dem Parteitag in Berlin zusammenkommt. Ueberhaupt ist die Kreiskonferenz für den Kreis, was der Parteitag für das Reich ist. In einzelnen Orten bestehen auch Lokal- und eventuell Press-Kommissionen. Die Aufgaben dieser Einzelglieder der Organisation sind genau geregelt.

Aber so stolz wir, und mit Recht, auf diese Organisation sind und so oft diese von den Gegnern als mustergiltig hingestellt worden ist, so scheint sich dieser Apparat in der letzten Zeit doch nicht ganz einwandfrei entwickelt zu haben. Uebelstände haben sich bemerkbar gemacht, die beobachtet werden müssen.

So das leidige Schematisiren. Wenn irgend eine Einrichtung für Berlin praktisch, ja nothwendig ist, so beweist dies durchaus noch nicht, dass sie nun auch in jedem kleinen Provinz-Städtchen eingeführt werden muss. Gerade hierin ist vielfach gefehlt worden.

So — um ein bezeichnendes Beispiel zu nehmen — thun es viele kleine Orte heute nicht mehr ohne Lokal-Kommission. Und wenn der Ort auch nur zwei oder drei Gasthöfe zählt, die für uns unter keinen Umständen zu haben sind, und auch ganz abseits vom Sommerverkehr liegt — thut nichts, eine Lokal-Kommission muss sein. Was Berlin hat, müssen sie doch auch haben. Sitzungen über Sitzungen werden abgehalten, obgleich selten etwas vorliegt, was nicht durch eine einfache Postkarte erledigt werden könnte. Das Resultat ist schliesslich, dass die Kräfte der eigentlichen agitatorischen Thätigkeit entzogen werden.

Und dann hat sich auch bei uns schon ein ganz netter Bureaukratismus eingebürgert. Hat sich in solchem Nest dann wirklich einmal etwas ereignet, was für die Berliner Ausflügler zu erfahren von Wichtigkeit ist, dann darf der Ort sich beileibe nicht direkt mit Berlin in Verbindung setzen. Diese Staatsaktion muss vielmehr erst durch die Vermittelung des Kreis-Lokal-Kommissions-Obmanns den instanzenmässigen Segen erhalten. Verspätete Erledigung, viel Schreibwerk und Briefporto ist die Folge.

Ein schwerer wiegender Uebelstand ist in den kleineren Orten die Sucht, Vereine zu gründen. Kaum hat sich ein Häuflein Genossen zusammengefunden, so geht man zunächst mit den Gedanken um, einen Verein zu bilden, was in der Regel dann auch bald geschieht. Die Mitglieder und vor allem die Leiter dieser Vereine setzen sich dadurch gewissermassen auf dem Präsentirteller den Angriffen der Gegner und Behörden aus. In der Regel währt in solchem Nest der ungleiche Kampf nicht lange, unsere tüchtigsten Leute werden bald existenzlos und sind gezwungen, den Ort zu verlassen. Die kaum begonnene Organisation zerfällt wieder, um nach einiger Zeit von Neuem in Angriff genommen zu werden. In fast allen Landstädten der Provinz Brandenburg spielt sich dieser Vorgang bis zum heutigen Tage immer wieder in dieser Weise ab. Sollte es unter solchen Umständen nicht vortheilhafter sein, in kleinen Orten den Familienverkehr unter den Genossen mehr zu pflegen? Wenn das in zweckmässiger Weise geschieht, lässt sich sehr wohl allmählich ein fester Zusammenhalt herbeiführen, ohne dass Schäden zu fürchten sind.

In den grösseren Städten und besonders in Berlin macht sich die Vereinsmeierei nach einer anderen Richtung hin zum Nachtheil der politischen Organisation bemerkbar. Die vielen Gesang-, Rauch-, Theater- und Vergnügungsvereine entziehen hier der Organisation, der politischen wie der gewerkschaftlichen, fast allen Nachschub an thätigen Kräften. Ist der junge Arbeiter erst da einmal hineingerathen, dann ist er für alles Andere so gut wie verloren. Ganz abgesehen davon, dass diese Vereine von dem Einzelnen verhältnissmässig grosse finanzielle Opfer erfordern, nehmen die Uebungsstunden, Ständchen, Vorstands-, Komitee- und sonstigen Sitzungen die freie Zeit des Betheiligten vollständig in Anspruch. Hier muss in Zukunft versucht werden, eindämmend, regulirend zu wirken.

Auch die Art der Agitation ist in der Provinz Brandenburg überall ziemlich dieselbe. Hier haben sich im Versammlungswesen, in der Referentenfrage, in der Art der Verbindung mit dem flachen Land etc. erhebliche Mängel gezeigt. Die diesjährigen Kreis-Konferenzen und die Provinzial-Konferenz werden Arbeit in Hülle und Fülle haben.

In den Städten wird die Agitation durch die Bildungs- oder Wahlvereine, durch öffentliche Agitations-Versammlungen und durch die Presse betrieben. Eins aber muss leider vorweg festgestellt werden. Die Hauptarbeit bei der Verbreitung unserer Ideen geschieht durch die private Agitation von Mund zu Mund, in der Werkstatt, in der Familie, in Freundeskreisen. Alle die anderen Mittel können nachhelfen, diese allgemeine Agitation muss überall den Grund legen. Und hierin ist es von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Die Genossen, die in der Agitation stehen, täuschen sich leicht; weil sie fortwährend und mit Jedem von ihrer Sache reden, glauben sie, es wäre im Allgemeinen so. Das ist nicht der Fall. In den Kreisen Derer, die nicht unmittelbar betheiligt sind, ist nicht mehr so viel vom Sozialismus die Rede wie früher. Viele dieser, auch überzeugten Genossen, sind eben gleichgiltiger geworden und haben nicht mehr so sehr den Drang, ihre Ueberzeugung zu verbreiten. Und dieser Ausfall in der Agitation ist durch nichts zu ersetzen. Darunter leidet auch die öffentliche Agitation in hohem Maasse.

In den Wahlvereinen ist, mit wenigen Ausnahmen, kein frischer Zug, kein Leben, kein systematisches Arbeiten. Was haben sich einzelne Leiter von

Vereinen für Mühe gegeben, die Leute heranzuziehen, sie weiter zu bilden, Jeden von ihnen zu einem tüchtigen Agitator zu machen! Es hat ihnen wenig genützt. Diese Vereine sind in den fünf Jahren nicht weiter gekommen, viele eher zurückgegangen. Die weiter bekannt gewordenen Erfahrungen der Berliner Arbeiter-Bildungsschule haben sich in vielen kleineren Fällen wiederholt. Gewiss ist oft auch von der Leitung der Vereine gefehlt worden. Die Auswahl der Vorträge blieb meistens dem Referenten oder — dem Zufall überlassen. Ein unsicheres Hin- und Hertasten ist die Folge; es will nicht vorwärts. Die Vereins-Versammlungen werden immer spärlicher besucht, die Restantenliste wird länger und länger, der Verein kann seiner Aufgabe immer weniger gerecht werden.

Ebenso ging es mit den öffentlichen Versammlungen. Der ungenügende Besuch derselben machte sich sogar bis in die eigentliche Wahlbewegung hinein bemerkbar. Wenn nicht gerade eine Parteigrösse, mindestens ein Reichstags-Abgeordneter, als Redner angekündigt war, dann war die Versammlung sicher schwach besucht.

Ohne Zweifel ist in Versammlungen an vielen Orten des Guten zu viel gethan worden. Es ist schliesslich Uebersättigung eingetreten. Hinzu tritt noch eins, der unglückliche Punkt „Verschiedenes“ auf den Tagesordnungen, der entschieden störend gewesen ist. Nicht nur, dass hierbei durch Bréittreten aller möglichen Nichtigkeiten der gute Eindruck auch des anfeuernden Vortrages wieder vernichtet wird, die Versammlungen werden dadurch auch ungebührlich in die Länge gezogen und wirken sehr ermüdend.

Durchgängig traurig sieht es weiter mit der Verbreitung der Parteipresse aus. Orte, in denen schon 1893 Tausende von sozialistischen Stimmen abgegeben worden sind, weisen nicht einmal ebensoviel hundert Leser von Partei-Zeitungen auf. Man sehe die Zahlen von Charlottenburg und Potsdam, Luckenwalde und Spandau, Landsberg a. W. und vielen anderen Städten — überall dasselbe unerfreuliche Bild! Die sogenannten unparteiischen Zeitungen erschweren durch ihre Billigkeit unseren Blättern das Eindringen in grössere Kreise. Dazu ist die Aengstlichkeit in den Städten oft übertrieben gross. Hier muss etwas geschehen. Bürgerliche Blätter werden neuen Lesern zuerst wochen-, ja monatelang unentgeltlich zugetragen. Uns kostet die Landagitation alljährlich grosse Summen. Auch nur einen Theil dieser Gelder in ähnlicher Weise anzuwenden, würde sich reichlich lohnen.

Die Landagitation war naturgemäss von vorn herein auf andere Mittel und Wege angewiesen. Von vorn herein musste hier die Frage gestellt werden, an wen wir uns auf dem Lande wenden wollten. Ich kann hier nur für den Kreis Ost-Havelland sprechen. Für uns war es zweifellos, dass die Bauern für uns nicht zu haben sind — man muss die protzigen Kerle in der Nähe von Berlin, denen eben dieses Berlin die günstigen Verhältnisse schafft, nur kennen, um die Frage für entschieden zu halten. Und ebenso sicher war es für uns nach den ersten Versuchen, dass wir bei den Landarbeitern, den Tagelöhnern einen breiten Boden finden. Diese empfinden es schon, dass sie unterdrückt sind, und lassen sich bald überzeugen, dass sie zu uns gehören. Für sie braucht's kein Agrarprogramm und vor allen Dingen keins in der vorgeschlagenen Form.

Gelegenheit zu Versammlungen war während der fünf Jahre selten. Wir waren vor allen Dingen auf die Schriftenvertheilung angewiesen. Dabei suchten

wir mit den Leuten bekannt zu werden, Verbindungen anzuknüpfen, ihr Vertrauen zu gewinnen. Wir hatten uns über mangelndes Entgegenkommen nicht zu beklagen, je länger, je weniger. Die Stimmung schien uns vorzüglich und überall hatten wir Verbindungen mit sicheren Leuten angeknüpft.

Einmal in jedem Jahre, um das Weihnachtsfest herum, fand in der ganzen Provinz die Verbreitung des von der Berliner Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg herausgegebenen Märkischen Landboten statt. Das war ein prächtiges, erfolgreiches Agitationsmittel für das Land, wie überhaupt die Thätigkeit dieser Kommission alle Anerkennung verdient. Des Weiteren wurden je nach dem Stand der Organisation und der finanziellen Mittel noch ein bis zwei Mal im Jahre andere Schriften vertheilt, und zwischen durch erfolgten an bestimmte Adressen von Zeit zu Zeit Sendungen von zahlreichen Schriften, Zeitungen, Witzblättern etc. Hierbei wird leider nicht immer die Auswahl mit der nöthigen Sorgfalt vorgenommen. Schippels Währungsfrage oder Zeitungsnummern mit persönlichen Polemiken in sehr wenig sachlichem Ton können mehr schaden als nützen.

Das war die Arbeitsweise, durch die wir bei den Wahlen 1898 neue Siege erringen wollten. Und obwohl die Lebhaftigkeit der Bewegung sehr zu wünschen übrig liess, wie wir uns nicht verhehlen konnten, hatten wir doch gute Hoffnung. Die Dinge, die uns gefährlich geworden sind, haben wir gewaltig unterschätzt. Was sich im Laufe der letzten Jahre vorbereitet, trat nun mit einer Macht ein, die selbst die Pessimisten nicht vorhergesehen hatten.

Die eigentliche Wahlagitation verlief auffallend still und matt. Unsere Arbeit vollzog sich in denselben Bahnen wie vordem, nur wurden die einzelnen Mittel häufiger angewandt. Etwas lebhafter wurde die Bewegung erst, als die gegnerischen Parteien auf den Plan traten. Wir gingen, so oft es möglich war, in ihre Versammlungen und suchten mit ihnen zu diskutieren.

Hierbei muss eine Geflogenheit erwähnt und ernstlich gerügt werden, die sich jetzt in unserer Presse stark ausgebildet hat, die Stimmungsmache. Mochte der Saal auch beängstigend leer gewesen sein, wenigstens wenn man die Maassstäbe von früher anwendet — in den Berichten war die Versammlung zum mindesten „gut besucht“. Mochte auch zu dem Vortrag kein Laut hörbar geworden sein — die Stimmung war nach der Zeitung „ausgezeichnet, begeistert“ etc. Und gab es in gegnerischen Versammlungen oder auch in unseren Diskussionen mit Gegnern — unsere Redner hatten immer gesiegt, und die Gegner sich unsterblich blamiert.

Wozu das? Erstens entspricht es der Würde unserer Partei überhaupt nicht, mit solchen Mitteln zu arbeiten. Und dann: sollte das Politik sein, so ist es eine sehr verfehlte. Die Genossen, die sogar eine unserer Zeitungen lesen, sind in der Mehrzahl dabei gewesen, wissen es also besser, und sind sie nicht dagewesen, so wird ihnen ein unbegründetes Sicherheitsgefühl beigebracht. In dieser Art zu arbeiten, hat aber unsere Presse im Allgemeinen für richtig angesehen — man weiss, mit welchem Erfolge!

Ein schwerer Schade war die Art, wie in Versammlungen und in der Presse der Kampf in prinzipieller Hinsicht geführt wurde. Allenthalben fehlte in unseren Reihen das sonst gewohnte Feuer, die Begeisterung, die in früheren Zeiten das Unmöglichste möglich machte. Der eigentliche leitende Gedanke, die grossen Gesichtspunkte, das was die Partei gross und gefürchtet gemacht

hat, fehlte in der Wahlagitation gänzlich. Ein kleinlicher Krämergeist — „praktische Politik“ war an deren Stelle getreten. Nicht als Vertreter und Vorkämpfer einer neuen Weltanschauung traten wir früher den bürgerlichen Parteien gegenüber, nein, die Tagesfragen, die Stellung der gegnerischen Partei zu dieser und jener Frage, bei dieser oder jener Abstimmung, das waren die Streitpunkte, um die es sich in den Diskussionen, in der Presse und in den Flugblättern drehte. Das krampfhafteste Bestreben, sich den Wünschen und Auffassungen der Wähler anzupassen, die Rücksichtnahme auf alle möglichen Wählergruppen, auf den Bauer, den kleinen Handwerker und Geschäftsmann, den kleinen Beamten, das allein war es, was dem Kampf vor der Wahl das Gepräge gegeben hat. Allen Parteien wurden grosse Rechnungen aufgemacht, was sie hier und da zu wenig gegeben oder gethan hatten. Im Vorwärts ging eine endlose, peinliche Polemik mit den Freisinnigen in dieser Art. Von dem Gefühl, dass uns von dieser Partei fundamentale Unterschiede in der Weltanschauung trennen, war in diesen Wahlkampf-Notizen nichts zu spüren. Das Gefühl schien allgemein nicht mehr vorhanden. Die Propagierung des Sozialismus ist in den Hintergrund gedrängt worden.

Und die Erfolge dieser „praktischen Politik“?

Die Genossen in der Provinz Brandenburg sind fast allgemein enttäuscht worden!

Wenn man wenigstens jetzt den Muth besässe, den Misserfolg einzugestehen! Aber kaum ist der erste Schreck überwunden, da beginnt schon wieder der Selbstbetrug. Anstatt die allgemeine Enttäuschung offen einzugestehen, wird das Wahlergebnis in der Presse zu einem „Riesenerfolg“ umgedeutet. Die Artikel des Vorwärts sind bekannt. Ihm folgten die Provinzblätter getreulich. So schreibt die Brandenburger Zeitung am 28. Juni:

„Ausser dem Zentrum hat nur die Sozialdemokratie ein Recht, stolz auf die Wahlerfolge zu sein. Wir haben die Stärke und werbende Kraft unseres Programms von Neuem durch die kolossale Vermehrung unserer Stimmen zu erweisen vermocht.“

Und die in Brandenburg während des Wahlkampfes erschienene Wahlzeitung vom 8. Juli schrieb:

„Auf die eigene Kraft ganz allein angewiesen, zog stolz nach errungenem Riesenerfolg in der Hauptwahl die Sozialdemokratie in die Stichwahlkämpfe.“

Schlimmer aber ist es, wenn selbst in der Neuen Zeit der Verfasser des Wahlartikels ebenfalls vom Siegestaumel ergriffen zu sein scheint und jubelt:

„Woran heute nicht mehr gerüttelt werden kann, das ist der gewaltige Wahlerfolg der Sozialdemokratie selbst. Der 16. Juni ist für sie zu einem reichen Tage der Ernte geworden.“

Und etwas weiter unten heisst es:

„Ein frischer, kräftiger, urwüchsiger Schwung ging durch die Massen; die „Stille“ der Wahlbewegung hatte der Arbeiterklasse nicht die geringste Spur der Müdigkeit aufgedrückt.“

So, wirklich nicht? Obgleich fast allenthalben die Wahlbeteiligung eine geringere war wie bei früheren Wahlen! Freilich an „schwungvollen“ Artikeln und Selbstberäucherungen in der Presse fehlte es leider nicht. Wir sagten schon, dass diese wohl zum grossen Theil Schuld daran waren, dass am entscheidenden Tage der Masse dieser „Schwung“ gefehlt hat.

Ein charakteristischer Fall, wie „Stimmung“ gemacht wird, ist dieser: In der Brandenburger Zeitung wird ausgeführt, wie gross unser Erfolg gewesen. Zwar an Mandaten haben wir nicht soviel zugenommen, aber an Stimmen, und darauf kommt es an. Bald darauf wird in derselben Nummer von den Antisemiten gesagt: „Die Antisemiten haben bei der Wahl kläglich abgeschnitten“, sie haben so und so viel Mandate verloren und — dabei haben sie an Stimmen ca. 24 % gewonnen, genau so viel prozentual wie die Sozialdemokratie. Das ist eine „Wahlbetrachtung“. Was bei uns ein Riesenerfolg ist, ist bei den Antisemiten kläglich.

Worin zum Kuckuck besteht denn eigentlich dieser „Riesenerfolg“ der Sozialdemokratie? Etwa darin, dass wir in Deutschland gegen 1893 über 300 000 Stimmen gewonnen haben? Das ist ja richtig, aber ist denn das etwas so Grossartiges nach fünfjähriger Thätigkeit und angesichts der Thatsache, dass die Wählerzahl gleichzeitig um ca. 1 Million gewachsen ist? Ein äusserst mässiger Fortschritt im allergünstigsten Fall ist das und kein Riesenerfolg, wie man uns so eifrig vorreden will.

Oder soll etwa die vermehrte Zahl der Mandate den Siegesjubel rechtfertigen? Ja, was bedeuten dann aber die Verluste der Wahlkreise, die wir 1893 schon im ersten Wahlgang errungen hatten? Werden die geringen Gewinne nicht mehr als aufgewogen durch die Verluste von Berlin II und V, West-Havelland, Kiel, Stettin, Mittweida, München I und so fort? Nach dem Artikelschreiber in der Neuen Zeit ist freilich der Wahlerfolg der Sozialdemokratie ein so „gewaltiger“, dass es dagegen „garnichts besagt, dass die Partei von ihrem bisherigen Besitzstand am 16. Juni drei Mandate endgültig verloren hat.“ Das kommt auf die Auffassung an. Die Berliner Parteigenossen denken anders darüber. Sie werden in Zukunft hoffentlich nicht mehr über-grosse Siegeszuversicht hegen, sie werden auch in der Thatsache, dass im II. Wahlkreis Almosenempfänger zu Unrecht gestimmt haben und die Wahl des Freisinnigen deshalb für ungültig erklärt werden wird, kaum ihren Trost finden.

Nebenbei bemerkt, die Art, wie im Vorwärts um dieses Mandat gekämpft wurde, muss ausserordentlich peinlich berühren. Dass, entgegen den gesetzlichen Vorschriften, Almosenempfänger gewählt haben, anzuführen, sollten wir füglich den Gegnern überlassen. Es ist, als gäben wir damit unsere Zustimmung, dass die Enterbten der Gesellschaft mit dem Verlust des Staatsbürgerrechts dafür gestraft werden, dass sie arm sind. Soviel ist ein Mandat nicht werth, auch dann nicht, wenn der bisherige Vertreter nicht gern vermisst und zu den tüchtigsten gerechnet wird.

Ueberhaupt, die Sorge um Mandate hat die Genossen an vielen Orten zu sonderbaren Schritten getrieben. Wenn schon vor der Hauptwahl die Prinzipien des Sozialismus so ziemlich zurücktraten, so war es vor der Stichwahl vollends aus damit. Die „praktische Politik“ war allein massgebend. Dafür, wie weit es mit dieser Rücksichtnahme gegangen ist, einige Beispiele. In Ost-Havelland wurde in einem Flugblatt zur Stichwahl die Anrede: „Arbeiter, Wähler!“ als unpraktisch verworfen, weil — dann vielleicht die kleinen Geschäftsleute, Handwerker etc. sich verletzt fühlen und uns ihre Stimme nicht geben könnten. In einem Liegnitzer Flugblatt wurde von unseren Genossen, um die Bauern zu gewinnen, sogar dem Kornwucher eine Verbeugung gemacht. In Flugblättern des Ober-Barnimer und des West-Havelländischen Kreises wird

unsererseits den Freisinnigen genau vorgerechnet, was für sie Alles auf dem Spiele steht, wenn sie ihre Stimme nicht den Sozialdemokraten geben. Der Erfolg blieb trotzdem aus. Die vielgeschmähten Freisinnigen waren in diesen Fällen prinzipieller wie wir Sozialdemokraten. Sie verzichteten in West-Havel-land auf die Ehre, bei der Brandenburger Zeitung als „freidenkende und gewissenhafte Männer“ zu gelten, und wandten sich dahin, wohin sie gehören, zu der — man muss sich heute fast genieren, es zu sagen — einen reaktionären Masse. In den meisten Fällen ist es uns mit dieser auf den „Erfolg“ zugeschnittenen Agitation ergangen, wie in der bekannten Fabel dem Hund, der mit seinem Stück Fleisch über eine Brücke kam.

Es kommt wirklich auf die Auffassung an, wie man das Resultat der Wahlen beurtheilt. Gilt unsere alte Anschauung von der Natur unserer Bewegung, dass sie in den ökonomischen Grundlagen der heutigen Gesellschaft wurzelt und nur in einer völligen Umgestaltung dieser ihr Ende finden kann, dass sie, um zu diesem Ziel zu gelangen, den Klassenstandpunkt der Industriearbeiter zu vertreten, diese zu einer starken geschlossenen Partei zusammenzufassen hat — dann werden die Resultate als ungünstig genug erscheinen, dann wird es vor allen Dingen als eine sehr bedenkliche Erscheinung gelten müssen, dass wir Kreise, und zwar industrielle Kreise, die wir bereits gehabt, wieder verlieren konnten. Wären wir eine rein parlamentarische Partei wie jede andere, dann könnten wir uns immerhin der acht Mandate und über 300 000 Stimmen, die wir gewonnen, erfreuen. Das aber wollten wir bisher nicht sein!

Wir stehen an einem Scheidewege.

Die alten Anschauungen beginnen zu wanken. Wir wissen nicht recht mehr, wohin wir treiben. Eine Reihe von Vorgängen, die Politik Vollmars, die Äusserungen Schippels auf dem Hamburger Parteitage, die Anschauungen Heines, die Aufsätze Bernsteins in der Neuen Zeit, die Unklarheit über die „Weltpolitik“ und nicht in letzter Linie die Diskussionen über die Landtagswahlen haben ein starkes Gefühl der Unsicherheit in unseren Reihen verbreitet. In tausend einzelnen kleinen und grossen Dingen kommt dies zum Ausdruck. Ein deutliches klares Prinzip, wie wir es früher hatten, ist aber darin nirgend zu erkennen. Von Fall zu Fall werden die Fragen entschieden, ohne grosse Gesichtspunkte, sondern wie das Bedürfniss des Tages es eingiebt — das ist dann eben die „praktische Politik“. Wie über Nacht ist dieser Zug in unsere Reihen gekommen und Genossen, denen früher nichts radikal genug war, gebarden sich jetzt als geborene Diplomaten. Erschreckend schnell bergab geht es auf dieser schiefen Ebene. Unsere Genossen in Herford, Halle sind dann auch schon glücklich beim Kuhhandel, beim Mandatschacher angelangt, wie ihre Stellungnahme zur Landtagswahl zeigt. Wohin soll das führen?

Bei keiner Wahl ist bisher der prinzipielle Standpunkt, das eigentliche Ziel der Sozialdemokratie, so in den Hintergrund getreten wie es diesmal der Fall war. Haben wir etwas Besonderes damit erreicht? Nein! Wo sind die Resultate der Vollmarschen Bauernpolitik? In den fünf Wahlkreisen der bayerischen Oberpfalz sind die sozialdemokratischen Stimmen von 6499 im Jahre 1893 auf 3258 im Jahre 1898 zurückgegangen. Liegt es nicht nahe, den Rückgang in allen diesen Landbezirken damit zu erklären, dass wir die Bauern durch die praktische Politik nicht gewonnen und andererseits viele 1893 schon

für uns gewonnene Arbeiter durch die krampfhaft betriebene Bauernagitation misstrauisch gemacht haben, so dass sie wieder abgefallen sind? Was sich hier in Bayern als Resultat dieser Art der Agitation zeigt, wird in Zukunft auch in Norddeutschland nicht ausbleiben. Eine andere Thatsache ist auch sehr zu beachten. Wir haben im Kreise Ost-Havelland fünf Jahre eifrigster Thätigkeit auf das Land gewendet, wir haben Schriften über Schriften hinausgebracht, die Landagitation hat den grössten Theil unserer Gelder aufgezehrt. Wir haben auch gute Stimmung angetroffen, unsere Schriften wurden gern genommen, wir standen mit einer grossen Anzahl von Leuten auf dem Lande in steter Verbindung — das Ergebniss war ein Zuwachs von 500 Stimmen, von 2300 bis 2800 in diesen fünf Jahren! Wir können damit auch eigentlich zufrieden sein. Aber hätten wir nur einen Theil dieser Arbeit auf die Städte mehr verwandt, wo unser natürlicher Boden ist, wir hätten ganz andere Resultate damit erzielt!

Es liegt nicht an mir, zu entscheiden, welchen Weg wir in Zukunft gehen sollen. Aber das dürfen und müssen wir verlangen, dass Klarheit herrsche über unsere Ziele und unsere Taktik!

Das ist eine Thatsache: Als wir noch unbeirrt bei unseren alten Anschauungen verharren, war Leben in der Masse. Da haben wir auch in den Versammlungen diskutirt, aber nicht von den Sünden des Freisinns, sondern von unseren letzten Zielen! Da war jeder Einzelne erregt, nahm Stellung, und wer sich zu uns rechnete, der fühlte sich als Kulturträger, der vermochte nicht zu schweigen, konnte es nicht ertragen, dass noch ein Unbekehrter in seiner Nähe war. Diese unsere Ziele gaben uns den Schwung, die Begeisterung, die in allen Kreisen Leben erweckte. So wichtig der Arbeiterschutz und die Sozialgesetzgebung ist, über die einzelnen Paragraphen diskutirt die Masse nicht. Und diese erregte, lebendige Grundstimmung in den Arbeiterkreisen, das war der Boden, auf dem wir Fortschritte machten wie sie sein müssen, wenn wir zufrieden sein dürfen. Wir hatten keine so ausgebaute Organisation, keine genügenden Mittel und doch der wirkliche Riesenerfolg von 1890! Jeder stellte sich gern und opferwillig in den Dienst dieser grossen Idee, jeder fühlte sich erhoben durch das Gefühl, dass er für eine grosse Sache arbeitete! Ein bezeichnender Zug: Noch bei der Wahl 1893 hatten wir eine ganze Anzahl von Leuten, die ganze und halbe Tage opferten und höchstens einen Zehrpennig nahmen; das war unser Stolz gegenüber den anderen Parteien. Bei dieser Wahl nahm man gewöhnlich nicht nur gutes Zehrgeld, sondern auch einen Tagelohn!

So lange wir wie jetzt hin- und hertasten, des grossen einheitlichen Zuges entbehren, werden wir nicht wieder den Schwung in die Massen bringen, wie wir ihn früher hatten. Suchen wir nicht mehr es Allen recht zu machen, zuletzt ist Keiner mehr für uns zu haben. Hinweg mit der klug berechnenden, auf das Einzelne gehenden Zweckmässigkeitspolitik, der sogenannten praktischen Agitation! Hinweg mit der ängstlichen Rücksichtnahme auch auf den Handwerker, kleinen Geschäftsmann, den Bauer! Hinweg mit der überfein ausgeklügelten, für alle möglichen Stände besonderen Taktik! Sie bringt Unheil, zersplittert die Kräfte und verwirrt die Reihen. Keine Taktik, die nicht dem Prinzip entspringt, sich nicht mit unseren Grundforderungen deckt!

Was uns bisher so gross gemacht hatte, das war eben die Betonung, vielleicht die einseitige Betonung des Klassenstandpunktes der Industriearbeiter.

Die natürlichen Rekruten der Sozialdemokratie giebt das Industrie-Proletariat. Hier brauchen wir nur den Sozialismus dem Kapitalismus entgegenhalten, das Industrie-Proletariat wird uns verstehen. Für dieses können wir praktische Politik treiben, sie wird sich mit unseren Prinzipien decken. Hier die Gemüther revolutionären, glühende Begeisterung für unsere letzten Ziele in Kopf und Herz der Massen erwecken, sie zusammenschweissen zu einer grossen geschlossenen Partei, das sei die Hauptaufgabe unserer Agitation!

Und wenn die Anschauungen über den Gang der ökonomischen Entwicklung, über die künftige Gestaltung der Gesellschaftsordnung und dementsprechend die bisherige Taktik wirklich „veraltet“ sein sollten, dann setze man neue klare Prinzipien an ihre Stelle, auf Grund deren jede Einzelfrage entschieden werden kann. Aber man wurstele nicht in der jetzigen Weise weiter fort! Man treibe nicht einfach Tagespolitik und lasse die sozialistischen Prinzipien im Glasschrank, um sie zu festlichen Gelegenheiten einmal hervorzuholen! Das ist das dringendste Erforderniss für eine günstige Entwicklung unserer Partei: Volle Klarheit über das, was wir wollen!

Die Sozialdemokratie im Rheinland.

Von

August Erdmann.

(Köln.)

Man spricht vom industriellen Rheinland. Es wäre aber falsch, damit die Vorstellung einer über die ganze Rheinprovinz ausgebreiteten Industriethätigkeit zu verbinden. Das Rheinland ist räumlich in seinem weitaus grössten Theil rein bäuerlicher Natur; von seinen 35 Reichstagswahlkreisen sind 20 durchaus auf die Landwirtschaft angewiesen; mehrere der industriellen Wahlkreise haben zudem ein mehr oder minder bevölkertes bäuerliches Hinterland. Darin unterscheidet sich das industrielle Rheinland vom industriellen Sachsen. Hier haben nur wenige Wahlkreise ein bäuerliches Gepräge, und während in Sachsen von der Bevölkerung 15,1% auf die Landwirtschaft, 58% auf die Industrie und 14% auf Handel und Verkehr kommen, ist der Antheil der Landwirtschaft an der Bevölkerung in Rheinland ein viel grösserer, er beträgt nämlich 24,5%, während auf die Industrie nur 51,5%, und auf den Handel 12,5% kommen.

Die grosse Industrie des Rheinlandes sammelt sich im Regierungsbezirk Düsseldorf: Eibfeld, Barmen, Solingen, Remscheid, Düsseldorf, Essen, Ruhrort, Duisburg, Mülheim a. d. Ruhr, Gladbach, Krefeld —, das sind, um nur die grösseren zu nennen, die Orte, von den Jeder weiss, dass hier die moderne Industrie in ihrer vielerlei Gestaltung und ihrer höchsten Leistungsfähigkeit zu Hause ist. Dieser niederrheinische Industriebezirk umfasst acht Wahlkreise; die übrigen vier Wahlkreise des Regierungsbezirks sind vorwiegend ländlichen Charakters.

Die Stadt Köln im Regierungsbezirk gleichen Namens ist in ihrem den Stadtwahlkreis darstellenden Theil viel weniger Industrie- als Handelsstadt; die industriereichen Vororte bilden mit einem rein bäuerlichen Hinterlande den Landkreis; desgleichen hat die industriereiche Stadt Mülheim a. Rhein ein umfangreiches ländliches Anhängsel. Die weiteren vier Wahlkreise des Regierungsbezirks sind wiederum durchaus bäuerlicher Natur.